



# Die Flüchtlinge und wir

Es gibt eine Kritik an diesem Land, die dessen expliziten oder impliziten Anspruch, für Freiheit und Menschenrechte einzustehen, angesichts der oft dürftigen Realität im Ganzen verwirft. Im Dunstkreis der Thematik Flüchtlinge wird diese Kritik besonders scharf und lebendig formuliert, wobei sie sich im Kern immer am Widerspruch zwischen der Universalität dieser Werte - "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Jeder hat das Recht..." - und ihrer exklusiven Anwendung entzündet. Wie verträgt sich, so könnte gefragt werden, der Artikel 3 (3) GG, nach dem "niemand ... wegen ... seiner Rasse, ... seiner Heimat und Herkunft ... benachteiligt oder bevorzugt werden" darf, mit der Existenz eines Asylbewerberleistungsgesetzes, das vollkommen legal für eine Gruppe hier lebender Menschen die Sozialleistungen 20 % unter dem Existenzminimum der Sozialhilfe ansetzt? Doch es geht noch weiter. Selbst für den Fall, dass für alle hier lebenden Menschen die rechtliche Gleichheit Realität wäre, bliebe die eine fundamentale Unterscheidung, die man sich wohl vorbehalten würde: die an der Grenze, wo mit dem Zugang zu diesem Land auch alle potentiell gewährten Rechte vorenthalten werden. Das führt zur radikalst vorstellbaren Kritik, die Existenz von Grenzen und

Nationalstaaten verträge sich schon nicht mit der Allgemeingültigkeit der aufklärerischen Programmatik, respektive der sozialistischen. Solange nicht Freiheit und Menschenrechte für alle verwirklicht sind, könnten sie auch nicht für einen Teil der Menschheit gelten. In diesem Bereich gibt es Initiativen wie "Kein Mensch ist illegal" mit Forderungen wie "Smash the borders". Stehen wir vor der Alternative: alles unzureichende Bestehende im Namen der universalen Ideen leugnen oder uns der moralischen Verwerflichkeit schuldig machen, indem wir einen globalen Wohlfahrtschauvinismus betreiben?

Vor lauter Kritik vergessen die Kritiker zuweilen, was die Flüchtlinge klar sehen und weshalb sie hierher kommen: dass zwar hier nicht die Freiheit und die Menschenrechte vollkommen konsequent durchgesetzt werden und unumstritten sind, doch zumindest mehr Freiheit und mehr Menschenrechte ihren Platz behaupten können als in den Fluchtländern - ein Umstand, der natürlich mit jeder Grundgesetzänderung und jedem Sicherheitspaket fragwürdiger wird und nur Gewicht hat, insofern er nicht auf Kosten anderer Länder erlangt wurde, was ich in meinen Überlegungen voraussetzen muss. Der Wohlstand tut sein Übriges. Man muss dies vor aller Kritik festhalten, wenn man nicht eine fal-

sche üben möchte. Dies einmal anerkannt, kann nun mit Enzensberger gesagt werden: "Freiheit ist Freiheit, den Unfreien zu helfen, oder sie taugt nicht viel. Wohlstand setzt in den Stand, mit denen zu teilen, die ihn nicht teilen, oder er ist miserabel." Ich will diesen kompromisslosen Forderungen jedoch noch ein wenig Wind aus den Segeln nehmen, denn ich habe eine gewisse Abneigung gegenüber dem ungebrochenen Pathos der hohen Werte und meine, der guten Sache mit Nüchternheit besser dienen zu können. Im Falle der Flüchtlinge heißt das: nicht nur von Menschenrechten sprechen, sondern auch schlicht von Interessen. Diese Menschen haben ein Interesse, hier Schutz und Zukunft zu finden, sie fordern dies von uns ein - und allzu häufig mit Recht, wie ich denke. Wir haben neben den Werten, meist sogar vor ihnen, auch handfeste Interessen, können zudem aus der sichereren, stärkeren Position heraus gewähren. Im Ergebnis also eine Interessenkollision mit ungleich verteilten Machtmitteln. Es ist nun an jedem Einzelnen und am Staat, zu entscheiden, welche Interessen mehr Gewicht, mehr Berechtigung besitzen. An dieser Stelle ist jetzt die moralische Empörung ein Argument neben anderen, sie kann laut fragen, anklagen, uns betroffen machen, um uns zu überzeugen, dass wir Schutz



gewähren sollen, dass wir leisten, was für diese Menschen lebensnotwendig sein könnte. Dabei ist der Vorwurf, eine ablehnende Haltung sei Rassismus, ein unpassender. Letztlich gibt meist die Ökonomie den Ausschlag und wenn nicht jede Person automatisch ein vollwertiges Aufenthaltsrecht erhält, ist das fallweise eine Berücksichtigung der falschen Interessen, aber nicht ein rassistischer Akt. Die Ökonomie ist auf ganz eigene Weise unrasistisch, weil sie den Wert des Menschen an seiner Effizienz, an seiner ökonomischen Verwertbarkeit festmacht. Man mag dies ebenso verurteilen; rassistisch ist es eben deshalb gerade nicht. Als Marginalie sei hinzugefügt, dass die Ökonomie der Politik begrifflich schon voraus ist: wird von Inländern und deren Sozialprodukt gesprochen, sind damit alle Personen gemeint, die hier ihren festen Wohnsitz und Lebensmittelpunkt haben.

Anstatt die Gleichheit der Menschen als abstraktes Ideal der Wirklichkeit entgegenzuhalten, sollte lieber der langsame und mühsame Prozess einer positiven Angleichung in der Wirklichkeit begrüßt und befördert werden. Ich bin zum Beispiel immer wieder beeindruckt, welche gewaltigen Veränderungen in Europa sich vollziehen: Menschen, deren Heimatländer noch vor 60 Jahren einen grausamen Krieg führten, sind heute rechtlich weitgehend gleichgestellt, was zusätzlich durch Maßnahmen wie die EU-Antidiskriminierungsrichtlinie forciert werden soll, und zahlen bereits mit derselben Währung. Die Kritiker wenden so-

fort ein, es sei wieder eine neue Spaltung in EU-Bürger und Nicht-EU-Bürger geschehen und weisen auf die mörderischen Außengrenzen des Schengen-Gebietes hin. Das sollte jedoch nicht die Leistung der europäischen Union vergessen machen, die sich mehr um das Ideal der Gleichheit der Menschen verdient macht als alle gutgemeinten Forderungen nach absoluter Gleichheit. Das Ideal bedarf zu seiner Durchsetzung der Macht, die moralisch handelt, aber ihre Gründe auch außer der Moral hat; statt deshalb die Moral gegen die Macht in Stellung zu bringen, sollte auf eine Moralisierung der Macht abgezielt werden, ohne die Problematik aus dem Bewusstsein zu verlieren und den Apparat des Staates zu inkriminieren. Was ich damit meine, will ich an einer anderen Thematik erläutern: den Illegalen, also Menschen ohne gültiges Aufenthaltsrecht. Die simpelste moralische Empörung zielt auf eine totale Legalisierung aller Menschen ab, was gleichbedeutend ist mit der Aufhebung der Differenz zwischen Legalität und Illegalität. Die Nation wird zum politischen Konstrukt erklärt, das zerstört werden muss. Ich halte sie auch für ein Konstrukt; allerdings für ein notwendiges. Wer ein Interesse an Freiheit und Menschenrechten hat, braucht, da er der Notwendigkeit der Macht zu ihrer Umsetzung nicht aus dem Weg gehen kann, eine Institution, die sie bestmöglich sichert und kontrolliert: den Staat. Er muss ihm zugestehen, innerhalb seines Territoriums über Legalität und Illegalität entscheiden zu können. Illegalles muss

es geben, um mit dem Legalen, Gesetzmäßigen Rechte, Pflichten und Freiheiten praktisch anzuerkennen. Ein Staat kann und darf - denn welcher Staat wollte seine Souveränität verletzt sehen - die verfassungsmäßig festgeschriebenen Rechte trotz ihrer universalen Ausrichtung nur einer begrenzten Zahl von Menschen garantieren. Zudem: Würde er eine Übertretung seiner Gesetze nicht ernst nehmen, wäre er keiner. Dies gilt grundsätzlich ebenso für das Aufenthaltsrecht. Wie ist es dennoch möglich, nicht zu jeder gesetzmäßigen Entscheidung bloß Ja und Amen sagen zu müssen und worauf kann man eine Kritik gründen? Im Falle der Illegalen, seien sie es von vornherein durch eine illegale Einreise oder durch Abgleiten in die Illegalität, sehe ich die Antwort in dem Vorzug eines demokratischen Systems, nicht den Anspruch auf Unfehlbarkeit erheben zu wollen. Nicht irren kann nur der Diktator. Die Demokratie und ihre Repräsentanten müssen wissen, dass ihre Gesetze nur von Menschen gemacht sind und müssen damit rechnen, mit der Legalität auch Unmenschlichkeiten abzusegnet. In einem solchen Fall kann gehandelt werden: in den Vereinigten Staaten und einigen europäischen Ländern gab es Legalisierungen von Illegalen, denen dadurch ein legaler Aufenthalt gewährt wurde; diskutiert werden außerdem Härtefallregelungen, die den Behörden größere Ermessensspielräume zugestehen, um das Zustandekommen von Illegalität zu vermeiden. Die Moral der Demokratie liegt im richtigen Maß, hier also in der Fra-



ge, unter welchen Bedingungen eine Legalisierung stattfinden kann oder wann ein Härtefall vorliegt; sie steht naturgemäß auf der Seite der Rechtlosen und spricht sich für einen menschlichen Umgang mit ihnen aus. Bei guten Absichten darf es nicht bleiben; umso enttäuschender ist es daher, dass - meines Wissens - das Thema Illegalität im Entwurf für ein Zuwanderungsgesetz nicht berücksichtigt wurde.

Ich muss zugeben: meine Ausführungen machen nur in dem Maße Sinn, wie die Gesetzgeber und mit ihnen die Bevölkerung wirklich die Menschenrechte als eines der Ziele ihrer Gesetzgebung haben und sie dementsprechend korrigieren wollen. Die Bedenken, ob dem so ist, sind selbstverständlich nicht auszuräumen, wenn sie nicht gar vorherrschend sind: Am 19. September 2001 sagte Otto Schily vor dem Bundestag: "Das Sicherheitsproblem bei der Zuwanderung ist gar nicht in erster Linie ein Problem der Arbeitsmigration, die wir steuern und regeln wollen, sondern die Frage danach, welche Personen unter dem Zeichen des Flüchtlings- oder Asylschutzes zu uns kommen." Die Frage, worin die Verbindung besteht zwischen hier studierenden Ausländern, die an Terroranschlägen beteiligt sind, und Menschen, die einem Ausbildungsverbot unterliegen, lässt nicht nur am Verstand und der Sachkenntnis des Innenministers zweifeln, sondern auch am Ideal dieses Landes, das sich hoffentlich nicht in der Sehnsucht nach Sicherheit erschöpft.

*Markus Henn, KV 6*

## Das Politische Gedicht

### Wann ist denn endlich Frieden

Wann ist denn endlich Frieden  
In dieser irren Zeit  
Das große Waffenschmieden  
Bringt nichts als großes Leid

ES blutet die Erde  
ES weinen die Völker  
ES hungern die Kinder  
ES droht großer Tod  
ES sind nicht die Ketten  
ES sind nicht die Bomben  
ES  
ist ja der Mensch  
der den Menschen bedroht

Die Welt ist so zerrissen  
Und ist im Grund so klein  
Wir werden sterben müssen  
Dann kann wohl Friede sein

ES blutet die Erde  
ES weinen die Völker  
ES hungern die Kinder  
ES droht großer Tod  
ES sind nicht die Ketten  
ES sind nicht die Bomben  
ES  
ist ja der Mensch  
der den Menschen bedroht

*Wolf Biermann (1968)*